

**Antrag Werner Ruchti (SVP, Rüttenen)
vom 6. Mai 2024**

**Geschäft A 120/2023: Auftrag Rémy Wyssmann (SVP, Kriegstetten): Endlich
mehr Transparenz im Regierungsrat!**

Geänderter Wortlaut (gemäss § 81bis Abs. 2 Geschäftsreglement):

Der Regierungsrat wird beauftragt, sämtliche Regierungsratsbeschlüsse (RRB) ab Erheblicherklärung ~~und rückwirkend auf zehn Jahre~~ ausnahmslos zu veröffentlichen. Ebenso integral zu veröffentlichen sind die Revisionsberichte der Kantonalen Finanzkontrolle zum Geschäftsbericht und zu einzelnen Prüfungen. Analog zur Praxis des Obergerichts sind die Beschlüsse zu anonymisieren, sofern Persönlichkeitsrechte oder schützenswerte Interessen von Unternehmen betroffen sind.

Mit den Veröffentlichungsarbeiten sind die Kommunikations-Mitarbeiter der betroffenen Amtsstellen personal- und kostenneutral zu beauftragen.

Begründung:

Der vom Regierungsrat behauptete Aufwand für die rückwirkende Offenlegung ist eine blosser Schutzbehauptung: Die vom Bundesgericht und Obergericht verwendeten IT-Programme erledigen die Anonymisierung ohne grösseren Personalaufwand. Unser Vorschlag zum effektiven Sparen: Auf Tik Tok und Co., Aperos und andere Selbstdarstellungsübungen verzichten.

Um den Staatsbetrieb zu entlasten und eine rasche Umsetzung zu gewährleisten verzichten wir auf die 10 Jahre rückwirkend.

Somit steht der Transparenz im Regierungsrat nichts mehr im Wege. Die bereits gelebte Praxis vom Obergericht zeigt das eine willentliche Lösung möglich ist.

Insgesamt würde die Umsetzung dieser Massnahmen nicht nur die Transparenz und Offenheit der Regierungsarbeit fördern, sondern auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in ihre Vertreter stärken und eine inklusivere, verantwortungsvollere Regierungsführung unterstützen.